

Okobauern fürchten Investitionsbremse

REDEBURG – Schleswig-Holstein-Okobauern fürchten um Wettbewerbsfähigkeit im Lauenburgischen sorlich die Biobetriebe.

Wenn würden Arbeitsplätze wegfallen, das Investitionsbudget für uns immer weniger.“ Alfons Wiesler-Trapp von der Domäne Fredeburg und seine Kollegen von lauenburgischen Biohöfen sind sich einig: Das Land Schleswig-Holstein dürfe die Förderung des ökologischen Landbaus nicht einstellen. Es drohen nicht nur den Bioetrieben, sondern dem ganzen ländlichen Raum und schließlich der Umwelt neue Nachteile und Probleme.

Im Hintergrund ihrer Sorgen ist die Ankündigung des Landwirtschaftsministeriums, die Förderung des ökologischen Landbaus „zunächst“ nur

noch für 2006 sicherzustellen. Die Kreistagsfraktion der Grünen traf sich deshalb gestern Vormittag mit Vertretern mehrerer Biohöfe in Fredeburg und warnte vor dem Streichen dieser Förderung.

Erdmann Voß vom Erdmannshof in Krukenow ist einer der Betroffenen. „Viel teurer können wir unsere Produkte nicht machen“, sagt er aus seiner Erfahrung als Direktvermarkter. Sein Familienbetrieb bewirtschaftet 100 Hektar und erhält eine jährliche Förderung von etwa 12 000 Euro. Er bestätigt ebenso wie Jens Otterbach vom Buschberghof, dass dieses Geld gerade für Investitionen enorm wichtig

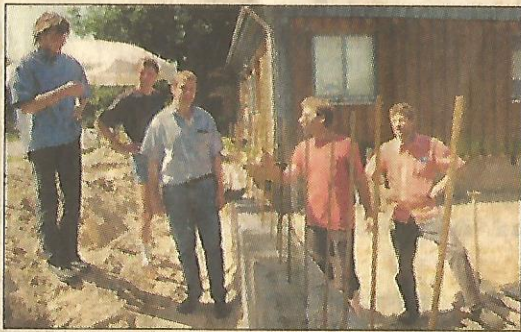
sei. Auf eine andere Konsequenz einer Förderstreichung macht Alfons Wiesler-Trapp aufmerksam: Die ein bis zwei Hektar mit blühenden Pflanzen für die Insekten würde man sich auf dem Fredeburger

Domänengelände nicht mehr leisten können, stattdessen wäre dort dann der zusätzliche Anbau von zum Beispiel Dinkel angesagt.

Klaus Tormählen, Annedore Granz und Konstantin von Notz von den Grünen haben dieselben Bedenken wie die Okobauern: „Bisher wurden die Förderverträge stets um fünf Jahre verlängert. Das ist nötig, damit die Bauern Planungssicherheit haben. Eine Verlängerung um nur ein Jahr führt zu einer großen Verunsicherung. Was wird ab dem nächsten Jahr sein?“ Sie befürchten schon das Aus für die ökologische Landwirtschaft; Minister Chris-

tian von Boetticher (CDU) entziehe den Produzenten den Boden unter den Füßen.

Die Förderung sei im Gegensatz zu den üblichen Agrarsubventionen ein Ausgleich für die schonende Bewirtschaftung der Böden und damit für die Leistungen der Bauern für die Umwelt sowie die dadurch entstehenden höheren Produktionskosten, sagen die Grünen. Diese Prämie sei damit mit dem Vertragsnaturschutz vergleichbar, der von der CDU mehrfach gelobt worden sei. Diese so genannte Beibehaltungsprämie werde mittlerweile in allen Bundesländern gezahlt. In Schleswig-Holstein sei sie gegen den Widerstand des Bauernverbandes durch die erste rot-grüne Koalition eingeführt und nach der BSE-Krise noch einmal aufgestockt worden.



Arne von Schulz (rechts) und Alfons Wiesler-Trapp erläutern die Ausbaupläne für den Hofladen der Domäne Fredeburg. Von links: Jens Otterbach vom Buschberghof, Klaus Tormählen von den Grünen und Erdmann Voß vom Erdmannshof. Foto: STEIN